

## WIRTSCHAFT

Flugverspätungen  
rufen die Politik  
auf den Plan

**Luftverkehr** Das Verkehrsministerium kündigt für den Herbst Gespräche mit Airlines, den Flughafenbetreibern und der Flugsicherung an. Von Roland Pichler

In Deutschland hat die Zahl der Flugverspätungen stark zugenommen. Nun will die Bundesregierung dafür sorgen, dass die Flugpläne wieder besser eingehalten werden.

Foto: dpa

Die Bundesregierung will die Vielzahl von Verspätungen und Ausfällen im Flugverkehr nicht länger hinnehmen. Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) kündigte jüngst vor Journalisten an, dass er im Herbst Gespräche mit Fluggesellschaften, der Flugsicherung und den Flughafenbetreibern führen will. Der Minister will ein Maßnahmenpaket beschließen, um schnell wieder zu einer geordneten Situation im Luftverkehr zu gelangen. Im Juni und Juli hatten sich viele Passagiere über massenhafte Streichungen von Flugverbindungen und permanente Verspätungen beklagt.

Von den Schwierigkeiten ist Scheuer auch selbst betroffen. Politiker müssen viel unterwegs sein. Kürzlich habe er in einer Lufthansa-Maschine nach der Landung 20 Minuten ausharren müssen, berichtet Scheuer, weil sich keine Mitarbeiter des Bodenpersonals einfanden, um die Maschine zu entladen. Im deutschen Flugverkehr sind das alltägliche Situationen. Am überfüllten Berliner Flughafen Tegel passiert es beispielsweise häufig, dass in einer gelandeten Maschine Passagiere auf den Ausstieg warten, aber kein Bus vorfährt, um diese aufzunehmen. Der Bundesverkehrsminister ist der Meinung, dass die Zusammenarbeit der verschiedenen Dienstleister dringend verbessert werden



**„Wo moderne Technik eingesetzt wird, geht es erfahrungsgemäß schneller.“**

Steffen Bilger (CDU), Staatssekretär

den müsse. Natürlich habe er Verständnis für die Mitarbeiter, die ein hohes Arbeitspensum zu bewältigen haben, sagte Scheuer. Doch es komme an Schnittstellen oft zu Problemen. Deshalb will Scheuer im Gespräch mit den Beteiligten Abhilfe schaffen. Im Herbst will er erste Entscheidungen verkünden. „Wichtig ist uns, dass es schnell und spürbar Verbesserungen gibt“, sagte Steffen Bilger (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, unserer Zeitung. In der Ferienzeit würden die Probleme noch verschärft. Dies erhöhe für alle Beteiligten den Handlungsdruck, sagte Bilger. Alle Maßnahmen, die zur Verbesserung der Situation beitragen, müssten überprüft werden.

Nach Auskunft von Luftfahrtexperten gibt es mehrere Handlungsfelder: Viele Verspätungen und Ausfälle sind darauf zurückzuführen, dass der Lufthansa-Tochter Eurowings die Eingliederung von Teilen der insolventen Fluggesellschaft Air Berlin nicht reibungslos gelang. Mit der Zeit werde sich die Lage aber stabilisieren, sagen Branchenexperten. Zu Unregelmäßigkeiten ist es aber zuletzt auch wegen Streiks im Ausland und Wetterkapriolen gekommen. Ein wichtiges Thema für die Bundesregierung sind aber die Luftverkehrskontrollen. In Deutschland sind die Kontrollen zeitaufwendiger

als im europäischen Ausland. Die Bundesregierung prüft, ob die Ursache für Verspätungen auch in der Technik zu suchen ist, die an Flughäfen bei der Passagierkontrolle zum Einsatz kommt. Verkehrsstaatssekretär Bilger sagt: „Dort, wo moderne Technik eingesetzt wird, geht es erfahrungsgemäß schneller.“

In der Koalition wird zurzeit darüber diskutiert, wie die Kontrollen an Flughäfen künftig organisiert werden. Bisher ist die Bundespolizei an 13 großen Verkehrsflughäfen für die Fluggastkontrolle zuständig. Die Bundespolizei beauftragt wiederum private Sicherheitsfirmen. Nach einem Eckpunktepapier aus dem Bundesinnenministerium sollen künftig die Flughafenbetreiber die Sicherheitskontrollen organisieren. Die Koalition ist sich darüber aber uneins. Die SPD dringt darauf, weiter die

Bundespolizei damit zu betrauen. Das Innenministerium wollte am Montag nicht bestätigen, dass die Bundespolizei Aufgaben abgeben soll. Die Polizeigewerkschaft läuft gegen diese Pläne Sturm.

Klar ist für das Bundesverkehrsministerium, dass auch Gespräche mit der Flugsicherung notwendig sind, um Engpässe zu beheben. In der Vergangenheit kam es auch deshalb zu Verspätungen und Flugausfällen, weil die europäischen Flugsicherungen wegen des zunehmenden Luftverkehrs überlastet sind. Darüber hinaus behindern regelmäßig Streiks von Fluglotsen in Europa den Verkehr. Die Fluggesellschaften schieben bei Verspätungen den Grund gern auf schlechtes Wetter und die überlastete Flugraumüberwachung – das geschieht aber nicht selten, um von eigenen Fehlern abzulenken.

## PASSAGIERE HABEN ANSPRUCH AUF ENTSCHÄDIGUNG

## Entschädigung bei Flugverspätungen

Je länger die zurückgelegte Flugstrecke, desto höher fällt der Anspruch auf Kompensation aus. Voraussetzung ist eine Flugverspätung am Zielort von mindestens 3 Stunden.



StZ-Grafik: oli

Quelle: flug-verspaetet.de

## Trump wittert Manipulationen in China

**Eskalation** Seit dem Zollstreit mit den USA schwächelt die Währung Yuan, der US-Präsident unterstellt China eine unlautere Exporthilfe.

Mit der Eskalation des Handelskonflikts zwischen den USA und China geht nun die Angst vor einem Währungskrieg um. Der chinesische Yuan hat seit April mehr als sieben Prozent gegenüber dem US-Dollar verloren, so dass US-Präsident Donald Trump schon Manipulation wittert: „In China fällt die Währung wie ein Stein und unsere Währung geht hoch, und ich muss Ihnen sagen, es ist zu unserem Nachteil“, sagte er jüngst in einem Interview. Dahinter steckt der Vorwurf, dass China seine Währung gezielt abwertet, um Exporte auf den Weltmärkten zu verbilligen und damit die Auswirkungen der amerikanischen Strafzölle aufzufangen.

Abwertung als Waffe im Handelsstreit klingt vielleicht logisch, hat aber in diesem Fall mit der Realität wohl wenig zu tun. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat China gerade beschneigt, dass der Wechselkurs des Yuan mit der Wirtschaftssituation in China zusammenhängt – und nicht künstlich abgewertet wird. Zwar ist Chinas Währung nicht frei konvertibel und kann

am Tag nur in einer Handelsspanne von zwei Prozent schwanken, doch orientiert sich Chinas Zentralbank bei der täglichen Festlegung des Wechselkurses am Markt.

„Die Regierung mischt sich diesmal nicht ein“, sagt auch die unabhängige chinesische Wirtschaftskommentatorin Ye Tan. „Es ist die Marktentwicklung.“ So orientiert sich der Yuan an mehr als 20 Währungen, die ihrerseits oft eng mit dem US-Dollar verbunden sind: Steigt der US-Dollar, fällt der Yuan. Nun hat die amerikanische Währung in sechs Monaten um sechs Prozent zum Euro zugelegt – und gegenüber einer Reihe von Währungen zusammen sogar um rund acht Prozent. Experten gehen davon aus, dass der Yuan weiter fallen müsste, aber die Zentralbank ihn vielmehr davon abhält.

„Es ist unwahrscheinlich, dass China eine starke und anhaltende Abwertung des Yuans will“, stellt der US-Wirtschaftsprofessor Christopher Balding in einer Analyse für den Finanzdienst Bloomberg fest. „Das würde dazu führen, einen Haufen



Eine chinesische Bankangestellte zählt Bündel von Geldscheinen. Foto: dpa

Probleme für einen anderen einzutauschen“, argumentiert der China-Ökonom, der an der HSBC-Business-School in der südchinesischen Metropole Shenzhen unterrichtet. „Verbraucher und Unternehmen müssten einen doppelten Schlag hinnehmen – Preiserhöhungen durch Zölle

und weniger Kaufkraft durch eine schwächere Währung.“ Denn wäre der Yuan billiger, müssten Chinas Bürger bei Importen mehr für ausländische Güter zahlen.

Das langsamere Wachstum der zweitgrößten Volkswirtschaft und die Eskalation des Handelskonflikts drücken aus Sicht des Peking Wirtschaftswissenschaftler Hu Xingdou vielmehr auch auf den Wechselkurs des Yuan. „Zum einen läuft die chinesische Wirtschaft nur noch schlecht“, sagt Hu Xingdou. „Zum anderen trüben die Auswirkungen des Handelskrieges ziemlich stark die Zuversicht.“ Der unabhängige Ökonom ist überzeugt, dass Peking nicht künstlich eingreift. „Es gibt keine Hinweise, dass die Regierung den Kurs kontrolliert.“

Der Schrecken von 2015, als ein schneller Kursrückgang des Yuan zu massiven Kapitalabflüssen führte, ist vielen noch immer präsent. Anders als heute gab es damals keinen Grund für die plötzliche Yuan-Schwäche, was weltweit Unsicherheit an den Märkten auslöste. „Es gab 2015 Manipulationen“, berichtet Hu Xingdou. „Aber dieses Mal stimmt es mehr mit der Marktentwicklung überein.“ Der Kurs werde auch nicht viel weiter in den Keller sacken. „Die Abwertung wird aus meiner Sicht nicht unbegrenzt weitergehen.“ dpa

## Kommentar

Grenzen des  
Massenmarkts

**Luftverkehr** Die Politik muss die Airlines stärker in die Pflicht nehmen – notfalls mit Sanktionen. Von Roland Pichler

Die Passagierzahlen im Luftverkehr eilen von Rekord zu Rekord. In Europa wuchs der Luftverkehr im vergangenen Jahr um acht Prozent. Dass dem Wachstum begrenzte Kapazitäten gegenüberstehen, wird im Alltag des Flugverkehrs immer allgegenwärtiger. Ob bei Sicherheitskontrollen, im Luftraum oder bei der Gepäckbeförderung: Überall tauchen Engpässe auf. Während früher Fliegen ein exklusiver Transport war, ist es längst zum Massengeschäft geworden. Die Kunden nehmen die Vorteile dankbar an. Die Möglichkeit, für 59,99 Euro ans Mittelmeer zu fliegen, werden gern genutzt. Die Schattenseiten werden bei den Schnäppchen verdrängt: Die Fluggesellschaften springen mit den Reisenden um, wie es ihnen passt. Davon zeugt der Höchststand an Verspätungen und Flugausfällen in den vergangenen Monaten.

Es ist zu begrüßen, dass die Bundesregierung einschreiten will. Der Ansatz von Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU), mit allen Beteiligten das Gespräch zu suchen, ist richtig, denn die Gründe für die Störungen sind vielschichtig. Zum einen haben einige Fluggesellschaften spürbar Probleme, die versprochenen Transportmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen. Die Leidtragenden sind die Reisenden. Wer nicht rechtzeitig die geschäftliche Besprechung oder den ersehnten Urlaubsort erreicht, muss Nachteile in Kauf nehmen. Die Politik sollte den Fluggesellschaften deshalb klarmachen, dass sie ihre Pflichten zu erfüllen haben – notfalls sollte es Sanktionen geben. Zu Unzumutbarkeiten kommt es aber auch deshalb, weil die Systeme zu wenig eingespielt sind. Lange Schlangen bei der Sicherheitskontrolle können den Ablauf beeinträchtigen. Es ist längst überfällig, dass die Bundesregierung prüft, wie Kontrollen verbessert werden können.

Die Frage, ob die Bundespolizei oder die Flughafenbetreiber für die Kontrollen zuständig sein sollen, geht am Kern vorbei. Schon jetzt sind in den Sicherheitsschleusen nur noch wenige Bundespolizisten anzutreffen. Die Hauptarbeit übernehmen private Sicherheitsfirmen. Wichtig ist, dass Deutschland in Sachen Technik aufrüstet. Andere Länder sind hier weiter. Mit mehr Körperscannern und Verbesserungen beim Handgepäck-Check wäre viel gewonnen.

## Beschwerde

Bosch blockiert  
Dieselunterlagen

Der Autozulieferer Bosch will seine internen Unterlagen zum Diesel-Abgaskandal bei VW nicht herausgeben. Man habe Beschwerde gegen das Urteil des Landgerichts Stuttgart von Mitte Juli eingelegt, teilte ein Sprecher mit. Das Gericht hatte entschieden, dass Bosch sich nicht auf das Zeugnisverweigerungsrecht berufen darf und die Unterlagen, darunter E-Mail-Wechsel zwischen Beschäftigten des Zulieferers und VW-Mitarbeitern, herausgeben muss (Az. 22 O 205/16, 22 O 348/16). Dagegen geht Bosch nun vor. „Das Unternehmen sieht unverändert sachliche Gründe für eine Zeugnisverweigerung und wird daher seine Interessen vor dem Oberlandesgericht als nächsthöherer Instanz vertreten“, so der Sprecher. Das Gericht selbst konnte den Eingang der Beschwerde am Montagmorgen noch nicht bestätigen.

In dem Verfahren war der Zulieferer eigentlich gar nicht beteiligt. Die zugrunde liegenden Klagen von VW-Anlegern richten sich gegen die Volkswagen-Dachgesellschaft Porsche SE (PSE). Sie werfen der Holding – und auch VW selbst – vor, die Finanzmärkte zu spät über das im September 2015 bekannt gewordene Dieseldrama informiert zu haben. Mit den Bosch-Unterlagen wollen sie ihre Darstellung untermauern. Das Gericht hatte deshalb einen sogenannten Zwischenstreit eröffnet. VW und die PSE weisen den Vorwurf zurück. dpa

## Kontakt

**Wirtschaftsredaktion**  
Telefon: 07 11/72 05-12 11  
E-Mail: wirtschaft@stzn.de